

# ISOR aktuell

Mitteilungsblatt  
der Initiativgemeinschaft  
zum Schutz der sozialen Rechte  
ehemaliger Angehöriger  
bewaffneter Organe und  
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nr. 7/97 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Spenden willkommen ★ Juli 1997

Am 14. und 15. Juni 1997 fand satzungsgemäß die Zweite Vertreterversammlung von ISOR e.V. statt, an der 187 gewählte Vertreter aus den 180 TIG teilnahmen. Aufgabe der Versammlung war:

- Berichterstattung über die Arbeit des Vorstandes seit 1993,
- Beratung der Aufgaben und Entwicklungslinien des Vereins für die kommenden Jahre sowie
- Neuwahl des Vorstandes und der Revisionskommission.

Die Versammlung faßte die Aufgaben in einer, die Aussagen der Willenserklärung vom November 1996 bekräftigenden, einstimmig angenommenen Entschließung zusammen.

## Mit Optimismus vorwärts!

**Solidarität jetzt erst recht** – das war der Tenor, der sich wie ein roter Faden durch die Vertreterversammlung unseres Vereins am 14. und 15. Juni zog. Der Bericht des Vorstandes, 12 Diskussionsredner aus den TIG sowie die Gäste brachten einhellig zum Ausdruck: Es geht in der gegenwärtigen Situation im besonderen darum, die Solidarität unter allen bisher und weiterhin vom Rentenstrafrecht, aber auch mit allen vom weiter zu erwartendem Sozialabbau Betroffenen zu stärken.

Der Vorstand konnte in seinem Bericht eine gute Bilanz ziehen. ISOR e.V. ist auf 25.000 Mitglieder angewachsen. Unser Handeln ist durch Zielstrebigkeit und Entschlossenheit im politischen und juristischen Vorgehen geprägt. Akzeptanz und Ansehen der ISOR haben erheblich gewonnen. Viele unserer Aktionen haben im Zusammenwirken mit anderen Verbänden, das wurde ausdrücklich hervorgehoben, Wirkung gezeigt. Ein Satz des Berichtes drückt das treffend aus: Die Bilanz der zurückliegenden vier Jahre ISOR-Tätigkeit kann sich sehen lassen. Aber, und das ist eine wichtige Schlußfolgerung: Wir kommen nur weiter voran, wenn wir unentwegt aktiv bleiben. Als Hauptfeld dazu ist unser politisches Wirken gefragt.

Als außerordentlich wirkungsvoll konnte der beschrittene juristische Weg skizziert werden, der entscheidend zu den bisherigen Änderungen des AAÜG beigetragen hat. Annähernd 8.500 Mitglieder werden in fast 20.000 Verfahren vom Anwaltsbüro vertreten. Das ist bisher einmalig. Es ist schon so, wie es im Bericht des Vorstandes gesagt wurde: Die zentrale Prozeßführung und die zahlreichen Hinweise in „ISOR aktuell“ haben zu einer einzigartigen Bündelung von Kenntnissen und Erfahrungen geführt, ohne die mancher unserer bisher erreichten und künftig erzielbaren Erfolge undenkbar wären. Alle Diskussionsredner bestätigten das in eindrucksvoller Weise.

Es war geradezu selbstverständlich, daß vor allem die Beiträge des Rechtsanwalts Mark Schippert und von Prof. Axel Azzola mit

großer Zustimmung aufgenommen wurden. Erneut wurde deutlich, daß sie täglich Solidarität mit den Betroffenen üben und fest an unserer Seite stehen. Das macht stolz und zuversichtlich und auch darauf baut sich unser Optimismus auf. Ihr Appell, Fragen des Renten- und Versorgungsrechts zum Gegenstand des bevorstehenden Wahlkampfes zu machen und nur denen unsere Stimme zu geben, die für Gerechtigkeit auf

### Zitat des Monats

„Ich hätte es gern,  
wenn die Ostdeutschen  
ein bißchen  
frecher würden.“

Günter Gaus  
bei einer Buchlesung in Neubrandenburg.

diesem und anderen Gebieten eintreten, wurde verstanden.

Zustimmung fand auch Dr. Martina Bunge, die die prinzipielle Position der PDS zu Renten- und Versorgungsgerechtigkeit begründete und die Forderung erhob, diesen Kampf durch politische Aktivitäten nach besten Kräften zu unterstützen. Mehrere Redner bekräftigten dies. Mit diesem Ziel, so arbeitete Prof. Wolfgang Edelmann heraus,

sind neue Aktivitäten besonders im Vorfeld sowie in Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu entwickeln. Als wichtig begründete Horst Strohschein (Strausberg) die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden zu vertiefen, um unseren Kampf gemeinsam und entschlossener fortzusetzen. So lange widersprechen und prozessieren, bis das Rentenstrafrecht beseitigt ist, brachte es Walter Krüger (Güstrow) auf den Punkt. Siegfried Felgner (Schwerin) forderte ganz in diesem Sinne, alle Register des Protestes zu ziehen. Auch Fragen des Vereinslebens, der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung, der sozialen Betreuung kamen zur Sprache. Sie spielen eine zunehmende Rolle, wenn ISOR immer mehr zur Heimstatt der Mitglieder werden soll.

Die Vertreterversammlung strahlte insgesamt eine kraftvolle Atmosphäre des Optimismus, der Zuversicht und des Vertrauens aus. Im Wahlakt wurde das ebenso deutlich wie in der würdigen Verabschiedung der aus dem Vorstand ausscheidenden Mitglieder. Vor allem unserer bisherigen Vorsitzenden Astrid Karger gebührt herzlicher Dank und Anerkennung. In einer Zeit vielfältiger Diffamierung der ehemaligen bewaffneten Organe hat sie sich furchtlos und entschlossen an die Spitze gestellt. Eben solche Entschlossenheit dokumentierte der neugewählte Vorsitzende Horst Parton. Als ehemaliger Offizier der Volkspolizei gelobte er – selbst aus dem Rentenstrafrecht bereits entlassen – solange den Kampf zu führen, bis das Rentenstrafrecht vollständig beseitigt ist.

Ein Höhepunkt besonderer Art war der Auftritt des Ernst-Busch-Chores am ersten Konferenzabend. Vor allem die vorgetragenen Kampflieder, einst gesungen von Ernst Busch im Kampf um Frieden, Recht und Freiheit, riefen starke Emotionen hervor. Als Chor und Delegierte – alles gestandene Frauen und Männer – zum Abschluß gemeinsam das Arbeiterlied „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ sangen, ging es jedem unter die Haut. Mit seiner Ausstrahlung von Optimismus und Solidarität, dafür sei dem Chor besonders gedankt, trug er auf eindrucksvolle Weise zum Gelingen der Vertreterversammlung bei.

Mit Optimismus und ungebrochenem Kampfgeist vorwärts! Solidarität jetzt erst recht!

Dr. Dietrich Richter



Anmeldung der gewählten Vertreter

## Entschließung der Vertreterversammlung der ISOR e.V. am 14. und 15. Juni 1997

Die Vertreterversammlung hat satzungsgemäß Bilanz über vier Jahre der Tätigkeit von ISOR e.V. gezogen.

Wir stellen fest:

1. Das erfolgreiche Wirken von ISOR e.V. für gemeinnützige Interessen hat zu einem ständigen Zustrom von interessierten Menschen geführt, die gegenseitigen Beistand und solidarische Hilfe in schwierigen Lebenslagen suchen. Der Verein umfaßt jetzt 25.000 Mitglieder.

2. Über die anfänglich unvermeidliche Konzentration auf juristische Schritte zur Überwindung des Rentenstrafrechts hinaus hat sich ein breites Feld des gegenseitigen Beistandes, der solidarischen Hilfe in schwierigen Lebenslagen, des Gedankenaustausches und eines geselligen Lebens entwickelt. Damit wird unseren Mitgliedern Hilfe zuteil, sich in den durch die Einheit Deutschlands entstandenen grundsätzlich veränderten Lebensumständen zurecht zu finden.

3. Durch die umfangreiche Förderung der Mitgliedschaft bei der juristischen Auseinandersetzung mit dem Rentenstrafrecht und beim Herantragen der sich darin widerspiegelnden Verstöße gegen die Neutralität des Sozialrechts, gegen Menschenrechte und gegen Verfassungsrecht an die nationale und internationale Politik hat ISOR e.V. gemeinsam mit zahlreichen anderen Interessenverbänden erfolgreich dazu beitragen können, einen großen Teil des Unrechts zu beseitigen, welches Alte und Kranke wegen ihres früheren Eintretens für die Deutsche Demokratische Republik, mit Strafe durch Rentenentzug belegt.

4. Im Wirken gegen noch fortbestehendes Rentenstrafrecht stand und steht ISOR e.V., getragen durch die Solidarität seiner Mitgliedschaft, fest an der Seite jedes einzelnen Mitglieds, insbesondere an der Seite der ehemaligen Angehörigen des MfS/AFNS gegen die die Herrschenden bisher abstrichslos am Unrecht in Gesetzesform festhalten.

5. In einer Situation fortbestehender poli-

tisch motivierter Vergeltung durch die im Bundestag herrschenden politischen Kräfte sind Hoffnung und Zuversicht der noch vom Rentenstrafrecht Betroffenen darauf gerichtet, daß das Bundesverfassungsgericht dem demokratischen und sozialen Rechtsstaat letztlich Geltung verschaffen wird.

In diesem Sinne macht sich die Vertreterversammlung die Willenserklärung der außerordentlichen Vertreterversammlung vom 23. November 1996 zu eigen.

Wir erklären unsere Entschlossenheit, mit allen zu Gebote stehenden politischen und juristischen Mitteln uns so lange gegen Rentenstrafrecht zur Wehr zu setzen, bis eine der Rentengerechtigkeit entsprechende Lösung für alle gefunden ist. Nahezu 8.500 anwaltlich vertretene ISOR-Mitglieder mit mehr als 19.000 Verfahren und mindestens noch einmal 5.000 Mitglieder, die vorerst noch ihre Verfahren selbst führen, sind Ausdruck dieses Willens.

Politische und juristische Entscheidungen müssen sich gegenseitig begleiten und ergänzen. Deshalb darf nicht nachgelassen werden, weiter bestehendes Rentenstrafrecht und die notwendige Regelung des Versorgungsrechts in persönlichen Schreiben an nationale und internationale Politiker, Gremien und Vereinigungen deutlich zu machen.

Auf allen Ebenen wollen wir die Wirkung unserer Öffentlichkeitsarbeit verstärken. Wir lenken die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die schrittweise Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in Deutschland ebenso erfordert, auch eine Versorgung für die Bürger im Osten Deutschlands, in angemessener Weise vergleichbar den Versorgungsverhältnissen für die Bürger im Westen Deutschlands, zu regeln. In diesem Sinne unterstützen wir die in den Deutschen Bundestag eingebrachten Vorschläge der PDS und erwarten, daß auch andere politische Parteien, sich für berechnete Versorgungsansprüche der Ostdeutschen einsetzen.

Als selbst davon Betroffene stellen wir fest,

daß derzeit in Deutschland um die Erhaltung bewährter sozialer Sicherungssysteme gerungen und eine alle Parteien übergreifende Auseinandersetzung für oder gegen den Abbau sozialer Leistungen geführt wird. Jeder vernünftig denkende Mensch weiß, daß nichts verbraucht werden kann, was nicht durch der Menschen Arbeit geschaffen wurde. Auch Rente muß Lohn für Lebensarbeitsleistung bleiben. Zu dieser Leistung gehört aber auch Kinder gebären und erziehen, sich für ständig neue berufliche und gesellschaftliche Herausforderungen zu bilden, Kranke und Schwache zu pflegen. Dafür solidarisch einzustehen ist die Pflicht aller, die am gesellschaftlich erzeugten Reichtum teilhaben. Das sind nicht nur die abhängig beschäftigten Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Beamten und Selbständigen und vor allem die Besitzer des großen Kapitals. In diesem Sinne unterstützen wir kritisch Vorschläge, die geeignet sind, menschlichen Gemeinsinn zu fördern. Wir wenden uns entschieden gegen alle Vorstellungen, die Menschen aus der Verpflichtung für die Gemeinschaft entlassen und auf egoistische Eigeninteressen lenken.

In Sinne dieser Entschließung rufen wir alle Mitglieder und darüber hinaus Sympathisanten auf:

- Schließt Euch noch fester in der Solidargemeinschaft zur Hilfe in schwierigen Lebenslagen zusammen.
- Erhebt Eure Stimme öffentlichkeitswirksam und erneut gegenüber dem Petitionsausschuß, allen verantwortlichen Politikern in Bund und Ländern und international, damit sie unüberhörbar bleibt vor allem in Zeiten, in denen wieder einmal der Stimmzettel zählt.
- Setzt den juristischen Kampf fort, bis das Rentenstrafrecht für jedermann überwunden ist.
- Helft mit Eurem Wissen und Eurer Erfahrung allen, die sozialer Ungerechtigkeit ausgesetzt sind und deren Interessen gegen Sozialabbau verteidigt werden müssen.

### Vorstand:

#### Vorsitzender:

Horst Parton, Cottbus

#### Stellvertretende

##### Vorsitzende:

Prof. Dr. Wolfgang Edelmann, Potsdam

Dr. Peter Fricker, Berlin

#### Schriftführer:

Christel Hennig, Berlin

#### Kassenverwalter:

Werner Zimmermann, Berlin

#### Mitglieder:

Dr. Gerhard Dylla, Berlin

Bernhard Geier, Berlin

Prof. Dr. Rolf Gruner, Berlin

Horst Hartrampf, Neustrelitz

Siegfried Jesse, Berlin

Joachim Karlick, Dresden

Dr. Dietrich Richter, Stralsund

Edeltraud Sarge, Berlin

Klaus Schröter, Berlin

Prof. Dr. Werner Wunderlich, Berlin

#### Revisionskommission:

Dietrich Kaiser, Berlin

Paul Nimz, Berlin

Joachim Piller, Berlin

Karl-Heinz Schwarzeit, Berlin

### Vom Vorstand wurden in den Beirat berufen:

Prof. Dr. Horst Bischoff, Berlin

Prof. Dr. Helmut Eck, Potsdam

Hans-Peter Ecke, Suhl

Werner Feigel, Chemnitz

Siegfried Felgner, Schwerin

Gerhard Gudopp, Berlin

Walter Hande, Gera

Wolfgang Henter, Leipzig

Johann Klatt, Rostock

Siegfried Korth, Magdeburg

Hans Luleich, Halle

Walter Menz, Tambach-Dietharz

Gerhard Müller, Neustrelitz

Walter Neubauer, Saalfeld

Wilfrid Rieckhoff, Frankfurt/Oder

Gerd Röseberg, Cottbus

Charlotte Staudte, Dresden

Helmar Tietze, Strausberg

★

Die Vorstände der TIG können bis zum 29. August 1997 noch weitere Mitglieder für den Beirat vorschlagen.

## In der Diskussion sprachen

die Gäste Dr. Martina Bunge, Mitarbeiterin der Bundestagsgruppe der PDS, Rechtsanwalt Mark Schippert und Prof. Dr. Axel Azzola sowie die Teilnehmer der Konferenz Charlotte Staudte, Dresden; Horst Strohschein, Strausberg; Astrid Karger, Berlin; Siegfried Korth, Magdeburg; Walter Krüger, Güstrow; Siegfried Felgner, Schwerin; Prof. Dr. Wolfgang Edelmann, Potsdam; Kurt Pawelzig, Grimmen; Klaus Moni, Berlin; Frieder Rosada, Wismar; Werner Feigel, Chemnitz; Hans Gödicke, Gräfenhainichen.

Auf die Veröffentlichung von Auszügen aus dem Bericht des Vorstandes verzichteten wir. Der Text des Referats kann von interessierten TIG-Vorständen in der Geschäftsstelle angefordert werden.

## Nachfolgend Auszüge aus einigen Diskussionsbeiträgen:

Die Diskussion eröffnete **Charlotte Staudte, Dresden**, deren Ausführungen die Entwicklung der TIG in den letzten Jahren verdeutlichten. Sie gab im Namen der Dresdener Vertreter dem Bericht des Vorstandes die Zustimmung und dankte Prof. Azzola und den Rechtsanwälten Bleiberg und Schippert, „daß Sie sich an die Seite der ausgegrenzten, diskriminierten und kriminalisierten Angehörigen der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR gestellt haben. Ihrem Einsatz ist es mit zu danken, daß wir mit der 3. Änderung des AAÜG einen Teilerfolg erreichen konnten. Wir sehen deshalb in der nächsten Zeit unsere vorrangige Aufgabe darin, dafür Sorge zu tragen, daß die betreffenden ISOR-Mitglieder ihren abgegebenen Bereitschaftserklärungen auch gerecht werden.“

Sie betonte den Willen der TIG Dresden, den Verein durch die Gewinnung neuer Mitglieder weiter zu stärken. Es genüge nicht, einmal im halben Jahr den Beitrag zu kassieren und regelmäßig „**ISOR aktuell**“ zu verteilen. Sie berichtete, über die Bemühungen, den Zusammenhalt zu fördern. Die Umsetzung begann mit Hilfe eines tschechischen Freundes mit Fünf-Tagefahrten in das Altwatergebirge und setzt sich dank der Initiative eines Mitgliedes ab Oktober und im nächsten Jahr mit gemeinsamen Fahrten in ein neues Objekt fort. Ein anderes Mitglied vermittelte den Kontakt zu einem ungarischen Reisebüro, so daß den Mitgliedern preisgünstige Reisen nach Ungarn angeboten werden können.

Charlotte Staudte berichtete, daß die TIG zweimal im Jahr Mitgliederversammlungen durchführt und dankte Wolfgang Edelmann für seine aktive Unterstützung bei der thematischen Gestaltung.

Die zweite Mitgliederversammlung wird als geselliges Beisammensein durchgeführt, was die Zustimmung der Mitglieder findet.

Zu den Aktivitäten der Dresdener TIG konnte sie weiter berichten: „Seit Ende 1996 haben wir, wenn ich mal so sagen darf, einen 'Offizier für Freud und Leid'. Er veranlaßt, daß unseren Mitgliedern zu runden Geburtstagen über den MDR gratuliert wird. Er gewährt, wenn gewünscht, auch Hilfe und Unterstützung bei Todesfällen. Wichtig erscheint uns auch, daß ehemalige Kollegen einen Verstorbenen auf seinem letzten Weg begleiten. Aber auch Alten und Kranken gewähren unsere Mitglieder in vielfältiger Form Hilfe und Unterstützung. Solidarität üben wir ... auch mit den ehemaligen Mitsreitern, die durch Gerichtsverfahren kriminalisiert und ins soziale Abseits gestoßen werden sollen. Zwischen der TIG Dresden und der TAG der GRH besteht ein gutes Zusammenwirken. So haben wir die GRH durch eine Geldsammlung zur Lösung von Härtefällen unterstützt. Darüber hinaus geben wir Angeklagten durch die Teilnahme an Gerichtsverhandlungen moralische Unterstützung.“

Weiter berichtete sie, daß die TIG Dresden seit 1994 am Runden Tisch der Senioren mitarbeitet, anerkannt und ihre Meinung gefragt sei. „Über den Runden Tisch erhielten wir die Möglichkeit, mit einem Stand zum 5. Deutschen Seniorentag in Dresden präsent zu sein. Auch wenn wir keine übertragenden Erfolge zu verzeichnen hatten, Interessenten gab es genug, und vielleicht findet dieser oder jener noch den Weg zu ISOR. Auf jeden Fall haben wir ISOR öffentlich gemacht, auch in den alten Bundesländern. Und das ist schon etwas wert.“

Zu den dargelegten Ergebnissen gehört auch, – dem Beispiel der TIG Chemnitz folgend – die Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblatts, um jedes Mitglied besser zu erreichen und allen „deutlich zu machen daß sowohl die Kassierer als auch die Funktionäre jederzeit für ihre Probleme ansprechbar sind. Fakt ist doch, daß an der Basis entschieden wird, ob es den Herrschenden gelingt, uns zu entsolidarisieren. Deshalb kommt der Wirksamkeit der TIG große Bedeutung zu.“

Rechtsanwalt **Mark Schippert**, dankte persönlich und im Namen seines Sozius Dr. Bleiberg für die Einladung zur Vertreterversammlung und führte u.a. aus:

„Trotz der noch verbleibenden rentenrechtlichen Bestrafung soll man das AAÜG-ÄndG auch als positives Zeichen auffassen. Als positives Zeichen insbesondere, soweit es ganz maßgeblich durch den Druck – den politischen und den justizinstanziellen ... erreicht werden konnte. Es konnte erreicht werden durch eine Vielzahl von Klagen – wir vertreten derzeit fast 9.000 Mandanten in dieser Sache – daß der Gesetzgeber, eine teilweise Aufhebung der Rentenkürzung beschlossen hat. Wir sollten uns alle darüber klar sein, daß dies

eigentlich in der Regierungskoalition nicht der mehrheitlichen Auffassung entspricht. Ich bin überzeugt davon, es liegt auch an Ihnen, bei der nächsten Wahl Änderungen herbeizuführen. ...Es gibt viele, die sich auf diesem Gebiet auskennen, die mir zu verstehen geben, daß mit wenigen hunderttausend Stimmen die nächste Bundestagswahl für die Opposition oder für die Regierung entschieden werden kann. Deshalb ein ganz besonderer Appell, in der Arbeit der nächsten Monate auch die zu wecken, die bislang aus Enttäuschung oder aus anderen Gründen nicht zur Wahl gehen wollten. Es ist nicht mehr lange hin und es sollten alle motiviert werden: Jeder nehme einen mit und wähle eine Partei der Opposition.“

Der Redner ergänzte die im Bericht des Vorstandes getroffenen Aussagen über die im Vorjahr erzielten Ergebnisse und Teilerfolge in rentenrechtlichen Fragen und gab ein Bild von dem enormen Anstieg der Verwaltungsarbeit, die sich aus der Flut eingehender Entgelt-Änderungsbescheide ergibt. Er hob hervor, daß parallel dazu die Arbeit an 20.000 Fällen in vier Verfahrensstufen weitergeführt werde.

Das sei nur möglich dank des hohen Engagements der Mitarbeiter des Anwaltsbüros.

Seinen herzlichen Dank sprach Rechtsanwalt Schippert den – wie er es ausdrückte – „geistigen Vätern des Kampfes gegen das Rentenunrecht“ Prof. Dr. Axel Azzola und Prof. Dr. Wolfgang Edelmann aus.

Ebenso den scheidenden Mitgliedern des bisherigen Vorstandes, namentlich Prof. Dr. Willi Hellmann. Er dankte auch den Mitarbeitern im Rechtsanwaltsbüro Frau Gerda Tschirch, Frau Anita Richter und Herrn Peter Ott für die Bewältigung der bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gehenden Arbeit.

Weiter führte er aus:

„Die vom Änderungsgesetz positiv Betroffenen haben ihre Solidarität und ihren Dank auch dadurch bewiesen, daß sie die nun gestellten Anwaltsgebührenrechnung umgehend bezahlt haben. Sie werden sicherlich verstehen, daß diese Einnahmen auch Motivation und Stärkung für uns bedeuten, und wir bitten auch diejenigen, auf die solche Rechnungen noch zukommen, uns diesbezüglich entgegenzukommen.“

Ich möchte an dieser Stelle auch um Verständnis bitten, daß wir nicht immer alle Fragen am selben Tag beantworten können. Wir haben nur eine begrenzte Anzahl an Telefonleitungen. Vielleicht eine organisatorische Bitte des Büros: Wenn Sie den Mitgliedern, die Sie hier vertreten, sagen können, daß es sehr hilfreich ist, wenn sie ihr jeweiliges Aktenzeichen, daß von uns für ihren Fall vergeben worden ist, am Telefon gleich bekanntgeben.

Fortsetzung auf Seite 4

## Fortsetzung von Seite 3

Ihre Anfrage wird schneller bearbeitet und es ist Platz in der Leitung für den nächsten Anrufer."

Der Redner schloß mit den Worten: „Vor allem wünsche ich Ihnen und uns, daß wir gemeinsam den Erfolg und die Befriedigung durch eine positive Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht und der daraus notwendigen gesetzlichen Änderung erreichen.“

**Horst Strohschein, Strausberg**, berichtete u.a. über die Erfahrungen seiner TIG: „Wir arbeiten schon seit geraumer Zeit im sozialen Bündnis der Strausberger Vereine mit. Hier geht es um die breite Palette der sozialen Probleme, Miete, Abwasser usw. Auch hier finden unsere Vertreter Gehör, und wir möchten diese Arbeit nicht missen. Ein ISOR-Mitglied arbeitet als Vorsitzender der territorialen Arbeitsgemeinschaft der GRH. In der einstigen »Hauptstadt der Nationalen Volksarmee«, wie sich Strausberg ja nannte, haben wir natürlich gute Kontakte zu den Bürgervereinen und -bünden, getreu der Tatsache, »sie waren ja alle bei der Fahne«. Das hilft uns auch, gemeinsame Veranstaltungen zu gestalten, wie im vergangenen Jahr mit Vertretern des Brandenburger Landtages aus der PDS, mit Dr. Bauer von der GRH und Klaus Feske vom Solikomitee.

Kürzlich haben wir unser erstes Vereinsfest mit guter Beteiligung durchgeführt. Kudeldaddeldu, vom Fernsehen bekannt, hat uns eine ausgezeichnete linke Stimmung zu Sozialproblemen dargelegt. Ich glaube, der Anfang in dieser Richtung wurde gemacht. Wir wollen weitermachen und auch im Vereinsleben weitere Akzente setzen.

Die Begleitung der erforderlichen Aktivitäten, die sich aus der partiellen Aufhebung des Rentenstrafrechtes ergeben, sind auch bei uns angelaufen. Das Schreiben von persönlichen Briefen werden wir sorgfältig weiterführen. Der gute Kontakt zur Mitarbeiterin der Bundestagsgruppe der PDS, Dr. Martina Bunge, ist für unsere Arbeit wesentlich von Erfolg. Dem noch ausstehenden Urteil des Bundesverfassungsgerichtes sehen wir gelassen entgegen, hat doch gerade das BVG oftmals für Überraschung und oftmals für Enttäuschung gesorgt.“

Abschließend stellte Horst Strohschein fest: „ISOR aktuell“ ist in letzter Zeit wirklich aktueller geworden. Das findet unsere Zustimmung. Sie soll doch keinesfalls zum operativen Sammelbericht werden, wie wir als Soldaten gesagt haben, aus meiner Sicht geht es um problematische Gedankenaustausche, wie man Probleme löst. Wir werden dazu unseren Beitrag leisten.“

Er würdigte die ausscheidende bisherige Vorsitzende Astrid Karger, daß sie „den Mut hatte, in schwerer Zeit als Vorsitzende

unserer Initiativgemeinschaft zu fungieren, wozu damals kein Mann den Mut brachte. Inzwischen sind die Männer auch wieder mutiger geworden. ... Du hast hervorragenden Anteil am Aufbau von ISOR.“

Die scheidende Vorsitzende **Astrid Karger** dankte mit bewegten Worten dem Vorstand und allen Mitgliedern für die Unterstützung, die ihr zuteil wurde. Nur so sei es ihr möglich gewesen, ihre Funktion auszuüben und zugleich ihren familiären Pflichten nachzukommen. Sie versicherte, daß sie weiter in der ISOR aktiv bleiben und sich vor allem um jüngere Mitglieder und Frauen in unseren Reihen kümmern werde. Rückblickend schloß sie ihre Ausführungen: „ISOR hat ein Stück Geschichte geschrieben, und an dieser Geschichte war ich beteiligt, und darauf bin ich persönlich auch sehr stolz.“

**Walter Krüger, Güstrow**, gab seiner Betroffenheit darüber Ausdruck, daß er mit 61 Lebensjahren durch die bundesdeutsche Gesetzgebung vom Arbeitsleben ausgegrenzt sei. Im Hinblick auf den zunehmenden Sozialabbau hielt er fest. „Es schmerzt sehr, als Ostdeutscher im täglichen Leben Demütigungen vieler Art ertragen zu müssen und es ist fatal, mit einer widerrechtlich gekürzten Rente seinen Unterhalt zu bestreiten. Diese Bundesrepublik, wie sie sich zur Zeit darstellt, entspricht nicht meiner Auffassung vom vereinten Deutschland.“

Walter Krüger berichtete über die Erfahrungen der TIG Güstrow, gemeinsam mit den territorialen Verbänden und Vereinen gegen jegliches soziales Unrecht aufzutreten. „Auf unserer Mitgliederversammlung im Mai haben wir die Position für die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechtes bestimmt. Bei allem Fortschritt der Inkraftsetzung des novellierten AAÜG bleibt das Gesetz ein Rentenstrafgesetz. Unsere Auffassung, als geschlossene TIG handelnd, ist: So lange widersprechen und protestieren, bis das Rentenunrecht endgültig beseitigt ist. Solidarisch ringen wir um Rentengerechtigkeit für jedermann. Aber damit alleine ist noch kein weiterer Erfolg gesichert. Gegen dieses soziale Unrecht aufzutreten zwingt, sich stärker politisch gegen jegliche soziale Ausgrenzung einzusetzen. Das erfordert, sich mehr denn je im Territorium in Verbundenheit mit anderen Vereinen und Verbänden, den Kontakt zu Parteien und Ämtern zu suchen und auch zu halten. Wir haben das in den letzten 2 Jahren sehr massiv praktiziert und sind recht gut dabei gefahren. Schwierigkeiten bereitet uns die CDU, die lehnt jeden und jeglichen Kontakt mit uns ab. An unserer Mitgliederversammlung im Monat Mai war die Bundestagsabgeordnete Frau Christel Deichmann zu Gast. Auf unsere Frage, warum sie denn dem Rentenstrafrecht zugestimmt habe, erklärte sie, heute sei man klüger. Dieses Gesetz in seiner Gesamtheit zu verändern, werde auch eine

Aufgabe der SPD sein mit Übernahme der Regierungsmacht. So erklärte sie das. Wir nehmen sie beim Wort, so ist ihr unmißverständlich gesagt worden.

Einen guten Draht haben wir zum Landrat, der Mitglied der SPD ist, der sich für die Unterstützung unserer TIG in allen Fragen ausgesprochen hat. Er war auch bei uns bereits auf einer Versammlung und hat sich sehr locker und ohne Berührungsängste gezeigt.

Unsere TIG ist bis gegenwärtig personell und organisatorisch stabil, keine Abgänge, sondern weiterer Zulauf an Mitgliedern.“

Mit regelmäßigen Beiträgen in der Presse trete die TIG an die Öffentlichkeit. „Auch im nunmehr siebenten Jahr der deutschen Einheit als ISOR-Mitglied überall selbstbewußt aufzutreten – das entscheidet mit über den endlichen Erfolg unserer Tätigkeit“, schloß der Redner.

**Prof. Dr. Azzola** betonte, daß er der Diskussion sehr gerne zuhören und hob dabei den Riesenunterschied zwischen der Situation der Vertreterversammlung 1992 und dort geäußerten tiefen Zweifeln hervor, die von Dresden geäußert wurden und der jetzigen Atmosphäre. „Das ist kein Vorwurf“, meinte er, „das waren eben die Tatsachen, die damals bestanden und nun sieht man, daß die Arbeit von ISOR Frucht getragen hat für die Menschen, für ihr Leben und damit auch für ein Stück politische Zukunft.“ Er hob hervor, daß es in erstaunlichem Maße gelungen sei, und er fügte hinzu, ausschließlich in der ISOR, die notwendige politische Arbeit und die fachliche Beratung zu einer Einheit zu bringen.

Er selbst habe, so bemerkte Prof. Azzola weiter, viel lernen müssen, z.B. daß er in bezug auf die politische Arbeit der ISOR, die komplizierten Gesichtspunkte verfassungsrechtlicher Art, von deren Beachtung doch unser Erfolg abhängt, in ganz anderer Weise, in einer ganz neuen Sprache im Osten erzählen mußte, damit sie verstanden werden konnten. „Es war keine Selbstverständlichkeit, daß das gut ging. Aber ich bin ganz sicher, es war sehr vorteilhaft, daß das gut ging. Und dazu hat jeder auf seine Weise das getan, was er tun konnte“, fügte er hinzu.

An Astrid Karger gewandt, dankte er ihr ganz herzlich für ihre Tätigkeit, ja für den Mut, die Position der ersten Vorsitzenden dieses neu gegründeten Vereins zu übernehmen. „Das sollte hier niemand vergessen“, unterstrich er. Er wünschte den aus dem Vorstand scheidenden Astrid Karger und Willi Hellmann von Herzen alles Gute.

„Es war mir immer ein Vergnügen“, meinte er wörtlich, mit Wolfgang Edelmann und Willi Hellmann die juristischen Strategien zu entwerfen, die sich als solide erwiesen haben. „Da danke ich dem Realismus, der

Fortsetzung auf Seite 5